

Vorne ragt die Turmspitze des Lüneburger Rathauses mit Kreuz und Löwe, dem Wappentier der Welfen als altes Herrschergeschlecht in den Himmel, dahinter leicht schief die Kirchturmspitze von St. Johannis. Mit dem Thema „Kirche und Politik“ in Lüneburg befasst sich die Lüneburger Kirchenredaktion in der aktuellen Ausgabe der Kirchenseite.



Kirche als Kurskorrektur der Politik

Eine Partnerschaft zwischen Spannungsbögen und gutem Zusammenspiel

Mit einem aufrüttelnden Foto auf seiner Weihnachtsgrußkarte hat Landesbischof Ralf Meister kürzlich für Aufsehen gesorgt: Es zeigt die Havarie eines völlig überladenen Flüchtlingsschiffes vor Lampedusa.

„Ich wollte ein Motiv haben, das die weltweite Flüchtlingssituation symbolisiert“, erklärte Meister. Die Suche nach einer Herberge sei das zentrale Motiv der Geburtsgeschichte Jesu.

Darf ein Bischof derart provozieren? „Reformation und Politik“ lautet das Jahresthema auf dem Weg zum Jubiläum

2017. „Von der Kirche sind zwar nicht die besseren politischen Konzepte zu erwarten, aber sehr kritische Rückfragen an das politische Handeln“, sagt Meister. Aktuelle Beispiele sind für ihn auch Rechtsextremismus und Antisemitismus, Probleme in der Landwirtschaft und die Energiewende.

Das Thema hat viele Facetten. Dazu gehören der Religionsunterricht an staatlichen Schulen, die Staatsleistungen an die Kirche aufgrund von Enteignungen in der Geschichte, die staatliche Mitfinanzierung diakonischer

Arbeit, die Seelsorge an Soldaten, in Strafanstalten und vieles mehr.

„Es besteht keine Staatskirche“, heißt es im Grundgesetz. Es ist eine Besonderheit des deutschen Staat-Kirche-Verhältnisses, dass die weltanschauliche Neutralität anders als etwa in Frankreich hier positiv verstanden wird – als Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamen Interesses.

„Der Beitrag der Kirchen insbesondere bei den sozialen Diensten und in der Bildung verdient höchste Anerkennung

und bestmögliche Förderung durch den Staat“, lobte kürzlich der niedersächsische CDU-Fraktionschef Björn Thümler. Ministerpräsident Stephan Weil sprach beim Neujahrsempfang der Landeskirche von einer „zutiefst bewährten und freundschaftlichen Kooperation“.

Für die Kirche bedeuten die Vorteile auch eine Selbstverpflichtung, Landesbischof Meister: „Wir müssen immer wieder kritisch beobachten, ob diese Partnerschaft auch unserem Staat dient.“

Hartmut Merten



Ein gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit von Kirche und Staat ist das Projekt Kredo im Stadtteil Kreideberg -- im Bild Jugendliche vor der Pauluskirche. Foto: be

David gegen Goliath in Lüneburg

Eine Lüneburger Bürgerbewegung besonderen Ausmaßes setzte vor über 600 Jahren einen Meilenstein in der Geschichte der Stadt, der bis heute deutlich sichtbar ist. Sie stieß nicht nur die Gründung des Kirchenpatronates an, das bis heute fest im Stadtrecht verankert ist, sondern untermauerte außerdem den Bau der St. Nicolaikirche.

Auslöser war die Absicht des Verdener Bischofs, sein Bistum in das wirtschaftlich florierende und als Standort vielversprechendere Lüneburg zu verlegen. Papst Bonifatius genehmigte den Schritt im Frühjahr 1401. Ein Jahr später zog er diese Entscheidung wieder zurück. Warum? Eine selbstbewusste Gefolgschaft aus Bürgern, Rat, Schiffen und Handwerkern hatte nicht nur eine Kongregation nach Rom entsandt. Sie setzte dem Vorhaben mit dem geplanten Bau der St. Nicolai-

kirche außerdem ein symbolisches Zeichen entgegen, das sogar den Papst überzeugte. 1406 beschloss der Lüneburger Rat schließlich „das Patronatsrecht über die Kirche, das hinfort und über ewige Zeit bestehen“ sollte.

Übrig geblieben ist das Patronat über St. Johannis und St. Nicolai sowie die Kirche selbst, die 2009 ihr 600-jähriges Bestehen feierte. Das Entsenden eines Patronatsvertreters geschieht noch heute und symbolisiert die Verbundenheit. Der Vertreter begleitet Entscheidungen im Rat partnerschaftlich, etwa durchs Vorschlagsrecht für Pfarrstellenbewerber. Die Funktion ist vergleichbar mit einer Schirmherrschaft und wird heute eher zurückhaltend wahrgenommen. Die aktuellen Patronatsvertreter sind Florian Rollert (St. Johannis) und Karsten Schmalz (St. Nicolai).

Manuela Bödeker-Wieners

„Gebt dem Kaiser, was des Kaisers“

„Christen sollten wissen, Politik ist kein schmutziges Geschäft, sondern notwendig. Jeder von uns trägt Verantwortung für Staat und Gesellschaft.“ So der Realschullehrer i.R. und Freikirchler Harald-J. Firus.

Dazu gehöre, sich über gesellschaftliche und politische Vorgänge zu informieren und zur Wahl zu gehen. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder einer demokratischen Partei sei sinnvoll, dabei seien zeitliche Belastungen und Frustrationen nicht zu unterschätzen. In dem Zusammenhang spricht der jetzt 73-jährige von einer „Ochsentour“, einem langsamen Aufstieg innerhalb der verschiedenen Gruppen und Gremien. Firus, der in der größten Fraktion 15 Jahre lang Lüneburger Stadtpolitik mitgestaltete, sagt: „Ich wollte nach meinem Politikstudium meine Erfahrungen in aktiver politischer Arbeit um-

setzen. Erfolge spornten mich an, weiterzumachen. Es war interessant, neue Sachgebiete und Leute kennenzulernen.“

Bei ihrem politischen Engagement berufen sich Christen auf Jesus, der sagt: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Das wird wichtig, wenn der Staat den Menschen in seiner Ganzheit beanspruchen will. Dass es gesellschaftliche und staatliche Ordnungen gibt, ist Gottgewollt, sie sind aber nicht gleichzusetzen mit dem Reich Gottes oder der Gemeinde Christi. Deshalb treten Christen für eine Trennung von Staat und Kirche ein, für den im Konfliktfall gilt: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“, Apostelgeschichte 5,29. Christen, die sich politisch engagieren, orientieren ihr Handeln an dem, was mit dem Willen Gottes vereinbar ist. Eberhard Löding

Hochradioaktives und die Lagerung

Interview mit dem Umweltbeauftragten

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat den hannoverschen Landesbischof Ralf Meister für die Kommission vorgeschlagen, die Kriterien für die Endlagersuche empfehlen soll. Er ist der einzige Theologe in der Gruppe, zu der u.a. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltverbänden gehören. Die katholische Kirche hat den Ministerpräsidenten a.D. Milbradt nominiert.

Interview

Die Politiker haben in der Kommission kein Stimmrecht, die beiden Kirchenvertreter schon. Wieso?

Zivilgesellschaftliche und wissenschaftsbasierte Blickpunkte sollen bei diesem neuen Suchverfahren stärker gewichtet werden. Die Kommission unterbreitet dem Bundestag dann Handlungsempfehlungen – letztlich aber entscheidet die Politik über alle Fragen der Endlagersuche.

Was glauben Sie, wieso Kirche eingeladen wurde?

Sie ist unabhängig genug, kritische Fragen wach zu halten und politische Weichenstellungen zu diskutieren. Die Mitglieder beider Kirchen machen über 60% der deutschen Gesellschaft aus. Das ist eine zivilgesellschaftliche Ressource, auf die der Staat nicht verzichten kann. Auch betrifft die Atomenergie existentielle Fragen, denn wir Menschen haben eine Gefahrenquelle geschaffen mit einem zeitlichen Verantwortungshorizont von einer Million Jahren.

Sie waren 16 Jahre lang Gemeindepastor im Wendland. Welche Kriterien spielen für die Kirche eine Rolle bei der Endlagersuche?



Pastor Rolf Adler begleitet im Auftrag der Landeskirchen als Umweltbeauftragter unter anderem die Endlagersuche in Deutschland. Foto: Hueske

Verbindliche und international anerkannte Sicherheitskriterien. Transparenz in wissenschaftlichen Begründungen und politischer Legitimation – damit nicht durch heimliche Kriterien Sicherheitsaspekte in den Hintergrund treten. Wichtig sind auch eine vergleichende Erkundung von Wirtsgesteinen und Bürgerbeteiligung. Ohne Beteiligung und Transparenz liefe das Ganze auf ein politisches Durchsetzungsszenario hinaus, bei dem die Gesellschaft Schaden nimmt.

Bis Anfang 2014 sollen drei neue Zwischenlager-Standorte benannt werden. Wie ist der Stand?

Wir warten immer noch darauf, dass der Bundestag die vorgeschlagenen Mitglieder beruft und die Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann.

Tina Hueske

Politiker und Glauben

Mit der Bergpredigt in den Kreistag

Landrat Manfred Nahrstedt: Ich bin zur Politik gekommen über die Bergpredigt. Diese bedeutete für mich die Umsetzung von Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Pazifismus und Leidenschaft. Taufe bedeutet, so habe ich es verstanden: Gott nimmt dich an und dadurch bist du frei. Du hast aber auch Verantwortung für den Nächsten und für das Gemeinwohl.

Daher möchte ich für eine gerechte und von christlichen Werten getragene Gesellschaft sorgen, die unseren Kindern Gestaltungsmöglichkeiten lässt und die Schöpfung bewahrt.

Ich wünsche mir von allen Menschen, gerade von Christen, dass sie für eine Gesellschaft eintreten, die für die Schwa-



Lüneburgs Landrat Manfred Nahrstedt. Foto: nh

chen da ist, die Solidarität übt und gerecht und fürsorglich mit jedem Menschen umgeht. Von der Kirche wünsche ich mir, dass sie diese Ziele mitträgt, in Wort und Tat unterstützt und einfordert.

Bürgermeisterin Regina Baumgarten: Dass ich in die



Bürgermeisterin Regina Baumgarten. Foto: nh

Politik gegangen bin, hat viel damit zu tun, wie mich mein Glaube geprägt hat. Der Einsatz für die, die sich für ihre Belange nicht selbst einsetzen können, ist mir immer wichtig gewesen. Ich möchte Sprachrohr sein für Kinder und Jugendliche, für Benachteiligte und Schwache.

Die Politik gibt mir die Chance, etwas für andere zu erreichen. Nach meinem Gewissen, auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds kann ich zu verantwortlicher Meinungsbildung beitragen. Wie ich im Glauben geprägt bin, versuche ich mit den Menschen umzugehen und für sie da zu sein. Auch gibt mir der Glaube die Möglichkeit, im Zwiegespräch mit Gott Kraft und Motivation zu finden. In der politischen Arbeit geht es um Menschen, unabhängig von ihrem Bekenntnis, deswegen kann ich an Christen keine besonderen Forderungen stellen. Von der Kirche wünsche ich mir, dass sie mir zur Verfügung steht, wenn ich sie brauche. Jörg Ackermann